
Herrenbach: Bepflanzungsplanung mit Bürgerbeteiligung

Einen gemeinsamen Antrag zur Wiederbepflanzung am Herrenbach reicht nach intensiven internen und interfraktionellen Beratungen die CSU-Fraktion Augsburg mit der SPD-Fraktion ein. Federführend waren neben den Fraktionsvorsitzenden Bernd Kränzle (CSU) und Margarete Heinrich die stellvertretenden CSU-Fraktionsvorsitzenden Ralf Schönauer, Leo Dietz, Peter Uhl und Claudia Haselmeier für die CSU sowie Stefan Quarg und Dr. Florian Freund für die SPD. Der Antrag findet die Unterstützung des mit Ralf Schönauer ortsteilzuständigen Stadtrats Jürgen Schmid und aller weiteren CSU-Vertreter im Umweltausschuss mit Josef Hummel, Peter Schwab, Klaus-Dieter Huber, Horst Hinterbrandner und Thorsten Kunze.

„Wir beantragen, im Anschluss an die dem Hochwasserschutz geschuldeten Baumfällungen am Herrenbach eine Wiederbepflanzung unter Einhaltung notwendiger Sicherheitsabstände zu dem Gewässer vorzunehmen“, erklärt CSU-Fraktionschef Kränzle. „Die Anwohner und alle interessierten Bürger sind an dem Verfahren zu beteiligen, indem rechtzeitig die Planungen vorgestellt und Anregungen aus der Bürgerschaft berücksichtigt werden können“, ergänzt Schönauer. Hierzu sollen laut Antrag frühzeitig Informationsveranstaltungen stattfinden, zu denen – falls nötig auch externe – Fachleute als Referenten eingeladen werden. „Der gesamte Prozess wird durch unsere CSU-Stadträte vor Ort eng begleitet werden“, verspricht Schönauer.

Nach der Fällung der uferbegleitenden Bäume am Herrenbach, die bei Sturm eine potenzielle Gefahr darstellten, ist eine Ersatzbepflanzung dringend erforderlich. Bei der Wiederbepflanzung bietet sich zudem die Möglichkeit, bei dieser Naturgestaltung verstärkt Vorstellungen der Bürgerschaft zu berücksichtigen und einfließen zu lassen. Aufgrund der aktuellen Sachlage soll dies nach dem Willen der Antragsteller im Einklang mit dem Ergebnis des Realisierungswettbewerbs zur „Freiraumplanung entlang des Herrenbach/Proviantbach“ aus dem Jahr 2012 erfolgen, welcher ebenfalls in Bürgerschaft und Verwaltung zu diskutieren sei.